Schwerpunkt

Erfahrungsbericht aus Paris

Mara Reidy



Sturm auf die Bastille

Masken gegen das Tränengas, Polizeisperren an jeder Strasse und dazwischen Tausende junge Menschen, die genug haben: Eine Freiburger Austauschstudentin berichtet von den Protesten in Paris.

Bilder: Thibault Camus

Zwei Stunden in der letzten Reihe des Vorlesungssaals, und ich habe weder ein Wort des Professors verstanden noch einen Satz auf den viel zu weit entfernten Slides lesen können. Auf dem Handy sehe ich dafür alles umso klarer: Videos meines Mitbewohners, aufgenommen vor unserer Haustür. Was sich da gerade auf meiner Strasse abspielt, ist mir wichtiger als eine Vorlesung über Herbert Schiller. In der Pause packe ich meine Sachen und gehe.

Mülltonnen vor dem Schultor

Schon auf dem Gehweg vor einem Gymnasium sehe ich, was ich bislang nur auf Videos in den sozialen Netzwerken sah: Eingänge, verbarrikadiert mit Mülltonnen und Absperrgittern.

«Blocus» nennen die Schülerinnen und Schüler das, und seit über einer Woche blockieren sie so ihre Schulen. Unterstützt werden sie von Lehrpersonen, Eltern und Abgeordneten der Nationalversammlung.

Sie fordern mehr Geld für das Bildungssystem, eine angemessene Infrastruktur, genügend und gerecht bezahltes Lehrpersonal sowie Transparenz im Auswahlverfahren der Hochschulen über die Plattform Parcoursup.

Auf einem Plakat vor mir steht: «La police nous prothèse». Ein Wortspiel, denn «prothèse» klingt wie «protège», beschützt. Gemeint ist ein 15-jähriger Junge, der gemäss Spiegel bei einem Protest Anfang Oktober durch eine Polizeigranate seine Hand verlor.

Auf dem Boulevard St. Germain wird es ernster. Studierende der Sciences Po (politikwissenschaftliche Universität) haben sich versammelt, um den Gymnasiastinnen und Gymnasiasten ihre Solidarität zu zeigen. Ihnen gegenüber steht ein Grossaufgebot der Bereitschaftspolizei, bereit durchzugreifen.

Als Nicht-Französin kann ich kaum fassen, was ich sehe. Medien auf der ganzen Welt berichten von Festnahmen und Verletzungen bei diesen Demonstrationen. Mit mulmigem Gefühl stelle ich mich also an den Rand, neben die Medienschaffenden und Fotografen, in der Hoffnung, so jedem potenziellen Risiko aus dem Weg zu gehen.

Eine Maske, bitte

«Hast du eine Maske?», fragt mich eine junge Frau, die neben mir steht. «Nein», antworte ich perplex. Erst jetzt fallen mir die Masken und Tücher der Demonstrierenden auf. Ich hatte angenommen, sie dienten dazu, ihre Identität zu verbergen. Dabei schützen sie sich vor dem Tränengas.

Die Studentin erzählt, die Polizei habe kurz vor meiner Ankunft Tränengas durch die Nebenstrassen geblasen, um die Demonstration einzukreisen. Jetzt, wo sie es sagt, nehme ich den säuerlichen Geruch wahr, der noch in der Luft hängt. Sie drückt mir gleich mehrere Masken und eine Packung Augentropfen in die Hand.

Plötzlich lösen sich einige Demonstrierende aus der Menge und gehen auf die Polizisten zu. Vielleicht nicht gerade ein gut durchdachter Spielzug: Die Polizisten ziehen ihre Schlagstöcke und rücken zügig auf die Studierenden vor. Alle Seitenstrassen sind abgesperrt, die Demonstration ist umzingelt. Was nun folgt, ist schwer anzusehen. Die Polizisten schlagen auf Einzelne ein und zerren sie über den Asphalt.

Ich mache mich vom Acker. Eine Freundin wartet ausserhalb der Demonstration, doch die Polizei lässt sie nicht herein, alle Zugänge sind gesperrt. Auch mich will man nicht hinauslassen. Erst nach langen Diskussionen, und nachdem ich die Schweizer Neutralitätskarte gespielt habe, darf ich gehen. Alle anderen werden für unbestimmte Zeit festgehalten.

Die Bastille, noch einmal

Doch all das schreckt meine Freundin und mich nicht genug ab. Zwei Tage später machen wir uns auf den Weg zur Bastille, zu Fuss, denn die Metrostationen rund um den Platz sind gesperrt. Heute steht dort ein grosser Platz mit einer imposanten Säule in der Mitte. Im 18. Jahrhundert stand an derselben Stelle eine Festung, die Bastille. Revolutionäre nahmen sie 1789 ein, und damit begann quasi die Französische Revolution. Über 230 Jahre später wird der Platz wieder eingenommen, aus ähnlichem Grund: Die Bevölkerung ist unzufrieden.

Als wir auf dem Platz ankommen, weicht die Angst, die sich auf dem Hinweg breitgemacht hatte. Sie weicht dem Stolz und der Freude. Vor mir stehen Tausende junge Menschen, die für ihre Rechte einstehen. Die Freude steht ihnen ins Gesicht geschrieben, denn das hier ist kein gewaltsamer Aufmarsch, sondern ein friedliches Aufmerksam-Machen. Sie halten ihre Plakate hoch, tauschen sich mit Freundinnen und Freunden aus, verpflegen sich an Essensständen und lassen Chants durch die Menge hallen. Abgesehen von den Graffitis auf der Säule

> Die Menge flieht vor dem Gas in Richtung Ausgang, und mir geht nur ein Gedanke durch den Kopf: «Bloss keine Massenpanik.»



Die Polizei geht mit Pfefferspray gegen Protestierende vor.

«Eine explosive Mischung aus Armut, Protest und Radikalen»

Frankreichs Proteste mündeten in Gewalt. Ein Übergreifen auf die Schweiz hält Professor Siegfried Weichlein für unwahrscheinlich.

Anne Gugler

Freiburg/Frankreich Was als Schulproteste begann, hat sich in den vergangenen Wochen von Paris auf ganz Frankreich ausgeweitet. Am Wochenende nahmen laut Innenministerium über eine halbe Million Menschen an rund 110 Kundgebungen teil. Bei den schweren Ausschreitungen wurden hunderte Menschen verletzt und etwa 1200 Menschen festgenommen (wir berichteten).

Ausgangspunkt waren die im September begonnenen Schülerproteste für bessere Bedingungen an den Gymnasien. Seit Oktober beteiligen sich auch Gewerkschaften, Lehrpersonen, Bauern und weitere Gruppen. Inzwischen geht es ebenso um Wohn- und Treibstoffkosten, Löhne und öffentliche Dienstleistungen.

Verschiedene Ursachen

Eine eindeutige Erklärung für die Gewalt hat Siegfried Weichlein, Professor für europäische und schweizerische Zeitgeschichte an der Universität Freiburg, nicht. «Könnte ich es erklären, würde ich sofort eine Professur an einer renommierten Pariser Universität erhalten», sagt er auf Anfrage.

Er verweist auf soziale und politische Ursachen: «Wir dürfen nicht vergessen, dass Frankreich vor dem Präsidentschaftswahlkampf steht.» Denn am 2. Mai 2027 wird der neue Präsident oder die neue Präsidentin gewählt. Dieser Wahlkampf verschärfe auch den politischen Streit um die Proteste: Die Parteien versuchen, die Ausschreitungen der Gegenseite anzulasten und daraus politisches Kapital zu schlagen.

Eine weitere Erklärung sei die Konzentration von Armut in den Banlieues, den städtischen Vororten. Mit den Protestierenden seien Arbeitslosigkeit und Diskriminierung vom Stadtrand ins Zentrum gerückt. «Es ist ein Zusammenspiel von Protesten, sozialen Brennpunkten und von Radikalen aus der linksextremen Szene, die auf so eine Gelegenheit gewartet haben», sagt Weichlein.

Streit um Migration

Viele führen die Gewalt auf die französische Migrationspolitik zurück, darunter die rechtspopulistische Partei Rassemblement national. Die Ausschreitungen liessen sich jedoch nicht allein mit der Migrationspolitik erklären. Bei Beteiligten mit Migrationshintergrund handle es sich laut Weichlein meist um in Frankreich geborene französische Staatsbürger, deren Eltern oder Grosseltern eingewandert seien.

Protest gehört zum Alltag

Die Ausschreitungen seien nicht schlimmer als die Unruhen von 2005 oder die Gelbwestenproteste 2018. Die Bewegung sei diesmal aber sozial breiter aufgestellt und mit den Gewerkschaften verbündet. Von einer Neuformierung des Gelbwesten-Protests könne jedoch nur bedingt die Rede sein.

Folgen für die Schweiz

Auch in Italien, Belgien, Portugal, Spanien und Albanien gibt es Proteste und Ausschreitungen. «Der gemeinsame Nährboden ist in allen Ländern gegeben, nämlich Teuerung und die Schulmisere», sagt Weichlein. «Ein Flächenbrand ist damit aber noch nicht angesagt.»

Ein Überschwappen in die Schweiz sei möglich, aber unwahrscheinlich. «Die Schweiz hat doch eine andere Protestkultur», sagt der Professor für Zeitgeschichte. «In der Westschweiz wären solche Proteste eher denkbar. Dort steht die Protestkultur der französischen näher: Man äussert seinen Unmut direkt.»

Weitere Proteste erwartet

Weichlein rechnet mit weiteren Protesten in Frankreich. «Die Frage ist, ob sie dieses enorme Niveau von Teilnehmenden wirklich halten können. Das erfordert sehr viel Ausdauer.»

Zur Beruhigung müssten die verschiedenen Anliegen aufgegriffen werden. «Die politische Aufgabe besteht darin, zwischen dem legitimen Protest sowie dem Hinweis auf soziale Missstände und den gewaltbereiten Plünderern zu unterscheiden», sagt der Professor für Zeitgeschichte. Im Wahlkampf bleibe dafür jedoch wenig Raum.